



Praxishandbuch Inklusion

Kommune verstehen und überzeugen

Kommunale Ansprechpartner*innen und Unterstützung finden

DAS WIR GEWINNT

**Aktion
MENSCH**



Auch Kommunalverwaltungen gestalten Inklusion: Sie entwickeln Leitbilder und Förderprogramme, arbeiten an Konzepten und Projekten. Informieren Sie sich genau darüber, was Ihre Kommune im Bereich Inklusion bereits angestoßen und umgesetzt hat. Erkundigen Sie sich, wer für Inklusion in Ihrer Kommunalverwaltung zuständig ist. Schauen Sie dann, wie Sie sich mit Ihrer Projekt-Idee einbringen und Inklusion in der Kommune gemeinsam mit Verwaltung und Politik voranbringen können.



Diana Röhrich

Mitarbeiterin der Stabsstelle Sozialplanung,
Stadt Mönchengladbach



Das komplette Praxishandbuch Inklusion finden Sie online unter
➔ www.kommune-inklusiv.de

Lernen Sie, wie Kommunen funktionieren



Sie wollen, dass Kommunalverwaltung und -politik Ihr Vorhaben unterstützen und dass sie im besten Fall Partner*innen in Ihrem Netzwerk werden.

Lesen Sie hier, welche Schritte Sie gehen sollten, bevor Sie Kontakt zu kommunalen Vertreter*innen aufnehmen, wie Sie die richtigen Partner*innen aus Politik und Verwaltung finden und wie Sie sie am besten ansprechen.

Das hat sich vor Ort bewährt



- Recherchieren Sie, wie Ihre Kommune im Bereich Inklusion aufgestellt ist: Ist das Thema wichtig für Verwaltung und Politik? Welche Beschlüsse, Konzepte, Förderprogramme gibt es?
- Informieren Sie sich genau: Wann werden in der Kommune welche Entscheidungen getroffen? Wer entscheidet in Ihrer Kommune was? Wer ist wofür zuständig?
- Bevor Sie kommunale Vertreter*innen ansprechen: Bereiten Sie sich auf das Gespräch gut vor. Finden Sie mehr darüber heraus, wie Ihre möglichen Ansprechpartner*innen denken, welche Meinungen sie vertreten und welche Maßnahmen für mehr Inklusion sie möglicherweise bereits vorangebracht haben.
- Formulieren Sie Ihre Ziele klar, und gehen Sie mit einer positiven Haltung in die Gespräche: Erarbeiten Sie mögliche Lösungen für Herausforderungen in der Kommune.
- Bieten Sie Ihren Ansprechpartner*innen in Verwaltung und Politik Ihr Fachwissen an. Unterstützen Sie sie dabei, das Leben in der Kommune noch besser zu machen.
- Arbeiten Sie als Team: Teilen Sie Recherche und Kontaktpflege unter Ihren Netzwerk-Partner*innen auf. Nutzen Sie bereits vorhandene Kontakte Ihres Netzwerks.
- Dokumentieren Sie die Ergebnisse Ihrer Recherchen: Alle (neuen) Netzwerk-Partner*innen sollten schnell auf das Wissen und die Kontakte zugreifen können.
- Machen Sie sich bewusst: Sich in den kommunalen Strukturen zu vernetzen, braucht viel Zeit. Planen Sie für die gesamte Projekt-Zeit Ressourcen dafür ein.



Was Sie über Ihre Kommune herausfinden sollten

Wichtig ist, dass Sie zunächst herausfinden, was die Stadt, die Gemeinde oder den Landkreis auszeichnet, in der oder dem Sie leben. Und wie lokale Verwaltung und Politik beim Thema Inklusion aufgestellt sind.

Wenn Sie mehr über kommunale Abläufe wissen, können Sie sich in diese Abläufe einklinken. Sie können Ihr Fachwissen in politische Ausschüsse einbringen. Oder zum richtigen Zeitpunkt mit Kontakten aus der Verwaltung oder der Lokalpolitik sprechen. So können Sie Partner*innen gewinnen und Ihr inklusives Vorhaben in der Kommune voranbringen und verankern.

1. Dorf, Kreisstadt, Stadtkreis – in welcher Kommune leben Sie?

Auch wenn es wie eine Selbstverständlichkeit klingt: Machen Sie sich zunächst bewusst, in welcher Kommune Sie leben. **Denn davon hängt unter anderem ab, welche Behörde wofür zuständig ist und wer Ihre möglichen Ansprechpartner*innen sind.**

Wohnen Sie in einem Dorf, einer Gemeinde oder einer Stadt, die zu einem Landkreis gehört? In einer Kreisstadt mit dem Verwaltungssitz des Landkreises? Oder in einer kreisfreien Stadt (Stadtkreis) mit eigenständiger Verwaltung?

Wenn Sie beispielsweise in einem Dorf oder einer kreisangehörigen Gemeinde leben, sind Ihre Ansprechpartner*innen, je nach Thema, möglicherweise nicht vor Ort, sondern in der Kreisstadt zu finden. Denn wenn eine Gemeinde bestimmte Aufgaben nicht erledigen kann, übernimmt sie der Landkreis. Dazu

gehören beispielsweise der Unterhalt von Schulen und Krankenhäusern sowie der öffentliche Personenverkehr.

Um herauszufinden, **wofür Ihre Kommune zuständig ist**, können Sie in die Gemeindeordnung Ihres Bundeslands sowie in die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung Ihrer Kommune schauen. Die Dokumente beschreiben, welche Aufgaben Ihre Kommune erledigen muss, welche sie übernehmen kann und wie sie ihre Aufgaben organisiert.

2. Wie ist Ihre Kommune beim Thema Inklusion aufgestellt?

Machen Sie sich ein Bild davon, wo Ihre Kommune thematische Schwerpunkte setzt und ob das Thema Inklusion wichtig für Verwaltung und Politik ist. Dann können Sie besser einschätzen, wie offen Politik und Verwaltung für Ihr Vorhaben sind. Und ob es Anknüpfungspunkte zwischen Ihrem Vorhaben und kommunalen Projekten gibt.

Folgendes sind Anhaltspunkte für die Recherche:

Parteien in der Gemeindevertretung: Welche Parteien haben die Mehrheit? Kommen die Themen Inklusion, Vielfalt und Teilhabe in ihren Parteiprogrammen vor?

Chef*in der Verwaltung: Welcher Partei gehört der oder die (Ober-)Bürgermeister*in an? Mit welchem Wahlprogramm ist er oder sie zur Wahl angetreten? Mitarbeiter*innen / Ämter in der Verwaltung: Gibt es beispielsweise eine*n Beauftragte*n für Integration oder Inklusion? Gibt es ein Amt oder eine Stabsstelle für Sozialplanung?

Gremien in der Lokalpolitik: Gibt es Beiräte für Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationsgeschichte oder Senior*innen? Welche Ausschüsse hat die Gemeindevertretung?

Politische Beschlüsse und Verwaltungsvorlagen:

Welche Regelungen, Verwaltungsvorlagen und politischen Beschlüsse liegen vor zu Barrierefreiheit, Kinder- und Jugendförderung, Senior*innen-Arbeit, Integration, Sport- und Kulturförderung? Inwieweit beinhalten sie Aspekte wie Vielfalt, Partizipation und Inklusion?

Projekte, Konzepte, Förderprogramme: Welche Projekte für mehr Inklusion im Sozialraum laufen bereits? An welchen Konzepten arbeitet die Verwaltung? Gibt die Kommune Fördergeld für kulturelle oder soziale Projekte von Vereinen und Bürger*innen, unterstützt sie ehrenamtliches Engagement?

Partizipation von Bürger*innen: Wie organisiert die Kommune ihre Bürger*innen-Beteiligung? Gibt es Bürger*innen-Werkstätten, Beteiligungs-Konferenzen, Vor-Ort-Begehungen bei Bauvorhaben, Beteiligungs-Plattformen im Internet? Einen Ausschuss für Bürger*innen-Beteiligung? Kinder- und Jugendparlamente, bei denen junge Menschen mitentscheiden über Themen wie Radwege, Freizeit-Angebote oder Spielplatz-Gestaltung?

Grundsätzliches Verständnis von Inklusion: Falls Ihre Kommune Inklusion als wichtiges Thema erkannt hat – was verstehen Verwaltung und Politik unter Inklusion? Verwenden sie den sogenannten weiten Inklusionsbegriff, wie ihn Kommune Inklusiv zugrunde gelegt hat? Er besagt: Alle Menschen sollen sich gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen beteiligen können.



Mehr dazu lesen im Heft „Partizipation planen und umsetzen“ (unter 1. Planung)



Arbeitsblätter, Vorlagen, Checklisten, Recherche-Hilfen: Zu diesem Thema haben wir Materialien entwickelt – als PDF zum Herunterladen im Online-Praxis-handbuch Inklusion. Eine Übersicht und den Link finden Sie am Ende des Hefts.

Wie Sie mehr über Ihre Kommune herausfinden

Schauen Sie sich den Online-Auftritt Ihrer Kommune genau an: Die erste Anlaufstelle für Ihre Recherchen ist die Webseite Ihrer Kommune oder Ihres Landkreises. Dort erfahren Sie mehr über den oder die Bürgermeister*in, den Landrat oder die Landrätin und über die Parteien in der Gemeindevertretung. Sie sehen, welche Ämter die Kommune hat. Das Organigramm auf der Internetseite hilft Ihnen herauszufinden, wer in der Verwaltung für welches Thema zuständig ist und in welchen Ämtern mögliche Ansprechpartner*innen arbeiten.

Über das Rats-Informationssystem auf der Webseite finden Sie heraus, welche Beschlüsse Verwaltung und Gemeinderat in Ihrer Kommune im Bereich Inklusion getroffen haben. In jeder Kommune gibt es politische Ausschüsse für Gesellschaftsbereiche, in denen Ihr Vorhaben wirken soll. Verschaffen Sie sich einen Überblick darüber, in welchen Ausschüssen Themen diskutiert werden, die wichtig für Ihr Projekt sind. Im Rats-Informationssystem hinterlegen Kommunen unter anderem, welche Themen und Maßnahmen die Rats- und Ausschuss-Mitglieder in vergangenen Sitzungen beschlossen haben. Sie erfahren dort außerdem, welche Fraktion oder Partei im Gemeinderat wie abgestimmt hat. Sie können die Online-Datenbank auch nach Stichwörtern durchsuchen, beispielsweise Inklusion, Barrierefreiheit oder Partizipation.

Informieren Sie sich darüber, wie die Finanzen in Ihrer Kommune aussehen: Lesen Sie den kommunalen Haushaltsplan. Sie finden ihn beispielsweise auf der Webseite Ihrer Kommune. Möglicherweise entdecken Sie Anknüpfungspunkte: Vielleicht sieht der Haushaltsplan ein Vorhaben vor, das ähnliche Ziele hat wie Ihr Projekt.

Abonnieren Sie die Pressemitteilungen der Kommune und der Rats-Parteien: Oftmals können auch Nicht-Journalist*innen Pressemitteilungen von Kommunen und Parteien per E-Mail abonnieren. Meistens finden Sie die Pressemitteilungen auch auf den Internetseiten von Kommunen, Landkreisen und Parteien. So finden Sie beispielsweise heraus, welche Förderprogramme die Stadt gestartet hat, welche

Projekte es für mehr Miteinander in der Gemeinde oder im Stadtviertel gibt, welche Spielplätze, Sportplätze oder Grünflächen neu gestaltet werden sollen oder mit welchen Konzepten und Kampagnen die Kommune mehr Erzieher*innen gewinnen will.

Folgen Sie der Kommunalverwaltung und den Rats-Parteien auf Social-Media-Plattformen: Verwaltungen und politische Fraktionen aus der Gemeindevertretung sind zunehmend auf Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram oder LinkedIn aktiv. Auch auf diesen Kanälen können Sie Informationen über politische Beschlüsse, Konzepte der Verwaltung, Veranstaltungen oder Projekte recherchieren. Die Links zu den Kanälen finden Sie meistens über die Internetseiten der Verwaltung und der Parteien. Lesen Sie lokale Zeitungen: Gedruckte Medien sind weiterhin eine gute Quelle für Nachrichten aus der Stadt, der Gemeinde oder dem Landkreis. Das gilt auch für die Gratis-Zeitung, die ein- oder zweimal in der Woche im Briefkasten steckt.



Recherchieren Sie auf Beteiligungs-Plattformen:

Immer mehr Kommunen laden ihre Bürger*innen ein, auf einer Online-Beteiligungs-Plattform ihre Meinung zu geplanten kommunalen Vorhaben und Konzepten der Verwaltung zu schreiben. Oder Vorschläge zu machen, was die Kommune vor Ort verbessern sollte. Auch bundeslandweite Beteiligungs-Plattformen gibt es – wie die Plattform Beteiligung NRW in Nordrhein-Westfalen oder das Beteiligungs-Portal in Sachsen. Auf diesen Plattformen können Sie sich einen Überblick darüber verschaffen, welche Themen in Ihrer Stadt, Ihrer Gemeinde, Ihrem Landkreis oder auch in Nachbarstädten und -gemeinden gerade diskutiert werden. Und welche Projekte die Kommunen planen.



Besuchen Sie öffentliche Beteiligungs-Veranstaltungen:

Die Ankündigung und Informationen zu Beteiligungs-Veranstaltungen können Sie in Pressemitteilungen der Kommune, über Soziale Medien oder in der Lokalzeitung finden. Besuchen Sie Beteiligungs-Veranstaltungen zu Ihrem Projekt-Thema, damit Sie einen Überblick bekommen, wer in diesem Bereich bereits aktiv ist. Sie können Kontakte knüpfen zu Zuständigen in der Verwaltung, Politiker*innen und Akteur*innen aus Organisationen und Verbänden.

Informieren Sie sich bei Verbänden vor Ort: Auch Vereine, Organisationen und Initiativen, die zu Ihrem Thema arbeiten, können Informationen haben über Inklusions-Projekte vor Ort, über Entscheidungen der Lokalpolitik und Planungen der Verwaltung. Schauen Sie deshalb auch dort auf Webseiten, in Pressemitteilungen und in Social-Media-Kanäle.

Schulungen besuchen und Expert*in werden



Es braucht Menschen in Ihrem Netzwerk, die bereit sind, Fachwissen zu kommunalen Themen zu erwerben und ihr Wissen weiterzugeben. Besuchen Sie deshalb Fortbildungen zu diesen Themen. So bieten unter anderem die Stiftungen der großen demokratischen Parteien (beispielsweise Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung) Seminare an. Verschiedene private Fortbildungsanbieter, Akademien und Bildungsvereine haben solche Seminare ebenfalls im Programm.

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung gibt es Link-Tipps zur Kommunalpolitik unter

➔ www.bpb.de/lernen/angebote/planspiele/71494/link-tipps-kommunalpolitik

Wie Sie die richtigen Ansprechpartner*innen finden



Wenn Sie sich einen Überblick darüber verschafft haben, in welcher Art von Kommune Sie leben und wie Ihre Kommune beim Thema Inklusion aufgestellt ist, können Sie nach ersten Ansprechpartner*innen suchen. Bedenken Sie dabei: Verwaltung hat viele verschiedene Ebenen. Informieren Sie sich darüber, wer was entscheiden kann.

Das sind mögliche Kontaktstellen

Inklusions-Beauftragte: Sie sind die naheliegenden Ansprechpartner*innen für Ihr Thema. Bedenken Sie jedoch, dass an Inklusions-Beauftragte viele Anliegen herangetragen werden. Zudem ist die Stelle, wenn es sie gibt, je nach Kommune unterschiedlich ausgestaltet. Mal ist es eine Stabsstelle – also eine Einheit, die die Verwaltungsleitung mit Fachwissen und Beratung unterstützt. Mal ist es ein eigenes Amt. Mal haben Inklusions-Beauftragte ein Team, mal arbeiten sie allein auf der Stelle. In manchen Kommunen arbeitet der oder die Inklusions-Beauftragte zudem ehrenamtlich. Denken Sie deshalb darüber nach, wer Ihnen außerdem weiterhelfen könnte.

Amt oder Stabsstelle für Sozialplanung: In immer mehr Städten und Landkreisen spielt Sozialplanung eine Rolle. Mit der sogenannten integrierten, strategischen Sozialplanung wollen Kommunen die Lebensverhältnisse für alle verbessern. Deshalb prüft die Stelle für Sozialplanung regelmäßig, ob alle Bürger*innen die nötige soziale Unterstützung haben: Ob es beispielsweise ausreichend Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen vor Ort gibt. Oder ob sich in der Gesellschaft etwas verändert hat, worauf die Kommune reagieren sollte. Zusammen mit anderen Bereichen aus der Verwaltung, mit Akteur*innen und Interessengruppen entwickelt die Stelle für Sozialplanung Maßnahmen und überprüft, ob sie wirken. Wegen dieser ganzheitlichen Sicht und der fachübergreifenden Arbeitsweise kann die Stelle für Sozialplanung eine gute Anlaufstelle für Ihr Inklusions-Vorhaben sein. Sie kann auch Kontakte herstellen zu weiteren Akteur*innen, die für Ihr Projekt wichtig sind.

Ämter, die für Ihr Projekt-Thema zuständig sind:

Eine integrierte Arbeitsweise wie bei der Sozialplanung ist in Kommunen nicht selbstverständlich. Denn Verwaltung arbeitet meistens mit klar aufgeteilten Zuständigkeiten. Bei einem Vorhaben für mehr Inklusion vor Ort kann das eine Herausforderung sein: Es umfasst viele Lebensbereiche in einer Kommune und betrifft damit verschiedene Ämter und zuständige Mitarbeiter*innen. Suchen Sie Kontakt zu den Ämtern, die für die Bereiche zuständig sind, in denen Sie mit Ihrem Vorhaben wirken wollen. Zum Beispiel Soziales, Kinder und Jugend, Gesundheit, Bauen oder Verkehr. Oder auch zu Stellen, die sich um Themen wie Demokratieförderung und Partizipation kümmern. Prüfen Sie außerdem, ob möglicherweise Stellen im Landkreis (und nicht in Ihrer Gemeinde vor Ort) für Ihr Thema zuständig sind.

Lokalpolitiker*innen: Nehmen Sie Kontakt auf zu den Politiker*innen in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen, die sich für Ihr Thema einsetzen. Diese wiederum können Kontakte zu den Zuständigen in der Verwaltung herstellen.

So finden Sie mehr über die Kontaktpersonen heraus

- Schauen Sie auf die Webseite der Kommune – lesen Sie die Informationen zu den einzelnen Ämtern oder das Organigramm. Auch in Pressemitteilungen stehen üblicherweise Ansprechpartner*innen.
- Hat die Kommune zu dem Thema, das Sie angehen wollen, eine Bürger*innen-Beteiligung gestartet? Gibt es eine Online-Beteiligung oder ein Beteiligungs-Forum vor Ort? Die dafür zuständige Person ist ein*e gute*r Ansprechpartner*in.
- Wer in der Lokalpolitik die*der richtige Ansprechpartner*in für Ihr Vorhaben sein könnte, finden Sie in der Online-Datenbank Rats-Informationssystem Ihrer Kommune heraus.
- Sie können auch andere Verbände und Organisationen vor Ort fragen, welche Kontakte diese bereits zu Verwaltung und Lokalpolitik haben und wer die richtigen Ansprechpartner*innen sind.

Teilen Sie die Recherche-Arbeit auf

Die Zuständigkeiten und Abläufe in Kommunen sind komplex. Kommunalpolitik und Verwaltung zu verstehen, braucht deshalb Zeit. Gehen Sie am besten arbeitsteilig vor und verteilen Sie verbindliche Aufgaben. Ein Beispiel für Arbeitsteilung:

- **Person A** recherchiert wichtige Ansprechpartner*innen in der Verwaltung: Wer ist für was zuständig? Wer kann was entscheiden? Wer arbeitet bereits an Konzepten für mehr Inklusion im Sozialraum?
- **Person B** recherchiert wichtige Lokalpolitiker*innen: Was sind ihre Expertise, ihre Interessen und Projekte?
- **Person C** recherchiert Gremien: Welche Ausschüsse und Beiräte gibt es, wann und in welchem Rhythmus treffen sie sich? Erstellung eines Jahresplans
- **Person D** recherchiert und analysiert das kommunale Haushaltsjahr: Wann wird der Haushalt verabschiedet, bis wann müssen Informationen und Stellungnahmen in den Ausschüssen vorliegen?

Dokumentieren Sie die Ergebnisse Ihrer Recherchen. Alle (neuen) Netzwerk-Partner*innen sollten schnell auf das Wissen und die Kontakte zugreifen können.

So kontaktieren Sie die Ansprechpersonen am besten

Wenn Sie die passende Ansprechpartner*in in der Verwaltung gefunden haben, können Sie sie **direkt kontaktieren, per E-Mail oder telefonisch**.

Wenn Sie noch nicht genau wissen, an wen Sie sich wenden sollen, können Sie die Amtsleiter*innen oder auch die nächsthöhere Hierarchie-Ebene ansprechen, das heißt die Dezernent*innen / Beigeordneten. Auch zum*zur (Ober-)Bürgermeister*in oder zum Landrat beziehungsweise zur Landrätin können Sie Kontakt aufnehmen. Die Vorgesetzten werden Ihre Anfrage an die zuständige Person in der Verwaltung weiterleiten.

Auch kann es sinnvoll sein, bei mehreren Mitarbeiter*innen in verschiedenen Ämtern gleichzeitig anzufragen, wenn Sie die Zuständigkeiten nicht genau kennen. Informieren Sie dann die Ansprechpartner*innen darüber, dass Sie die andere Person wegen des gleichen Anliegens gefragt haben.

Ein Beispiel: Sie wissen nicht, ob für das Thema inklusive Spielplätze das Amt für Bauen, das Amt für Kinder und Jugend und zusätzlich die*der Inklusions-Beauftragte zuständig ist. Oder: Es gibt in Ihrer Stadt sowohl eine*n Inklusions-Beauftragte*n als auch eine Stabsstelle für Sozialplanung, und Sie sind unsicher, wer der geeignetere erste Kontakt für Ihr inklusives Vorhaben ist.



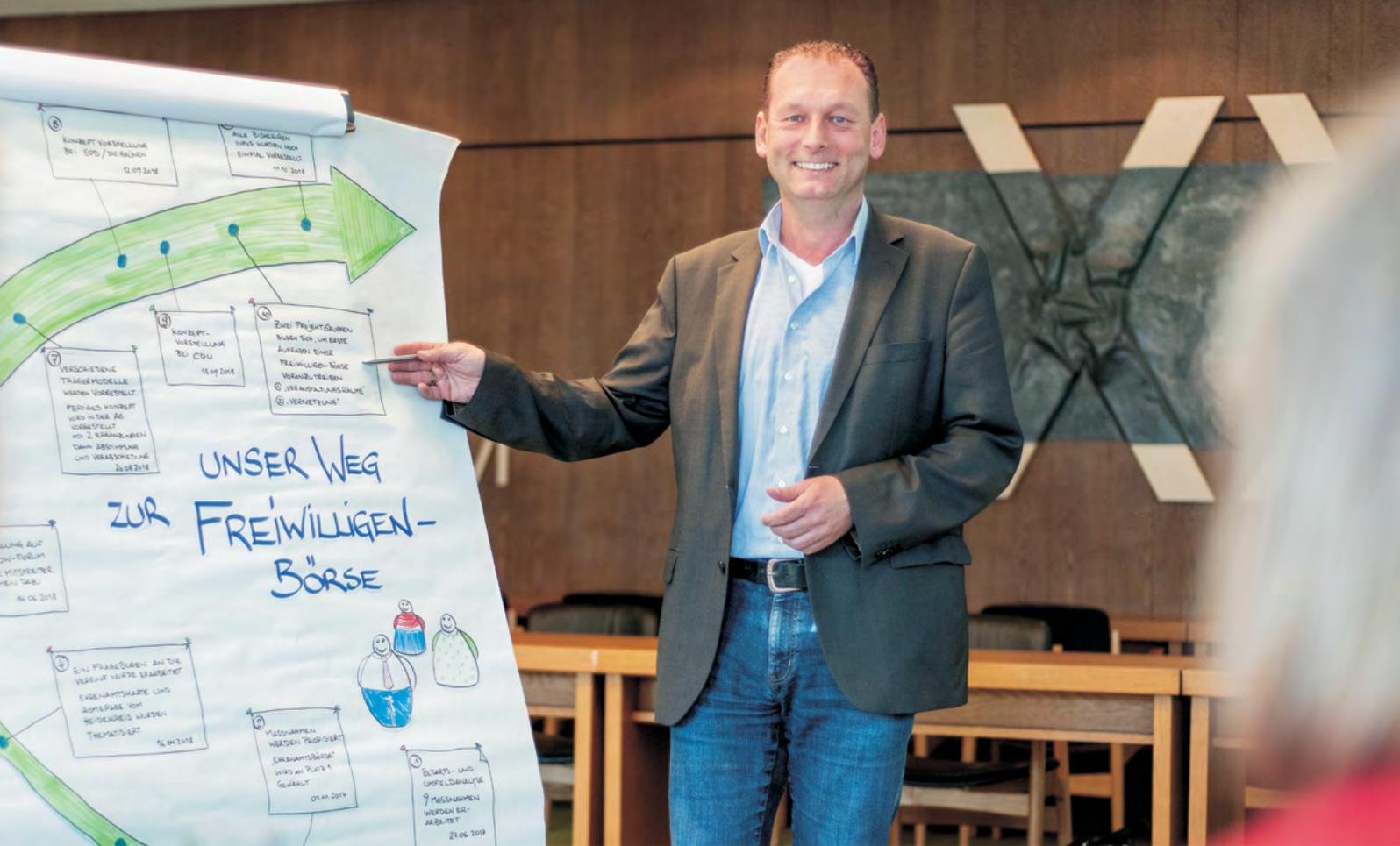
Arbeitsblätter, Vorlagen, Checklisten, Recherche-Hilfen: Zu diesem Thema haben wir Materialien entwickelt – als PDF zum Herunterladen im Online-Praxis-handbuch Inklusion. Eine Übersicht und den Link finden Sie am Ende des Hefts.

Erfahrungen und Wissen von anderen Netzwerken erfragen



Welche Erfahrungen haben inklusive Netzwerke in anderen Kommunen damit gemacht, die Verwaltung an Bord zu holen? Fragen Sie sie. Inklusions-Netzwerke und Beauftragte für Menschen mit Behinderung finden Sie über Internet-Recherchen.

Hier sind einige Beispiele: Kommune Inklusiv-Netzwerke und „Inklusion vor Ort“-Netzwerke gefördert von der Aktion Mensch, Netzwerk Inklusion der Kreise und Städte in Niedersachsen (NIKS), Arbeitskreis der hauptamtlichen kommunalen Beauftragten und Koordinator*innen für Menschen mit Behinderung NRW, Stadt AG – Aktives Netzwerk für ein inklusives Leben in Dresden e.V., Netzwerk Aktion Inklusion in Geldern



Wie Sie Verwaltung und Kommunalpolitiker*innen mit Ihrem Anliegen erreichen

Wichtig: Klare Ziele formulieren und Netzwerk gut aufstellen

Eine Voraussetzung dafür, dass Sie mit Ihrem Vorhaben Verwaltung und Politik überzeugen: Sie haben Ihr Projekt wirkungsorientiert geplant und wissen genau, was Ihre Ziele und Zielgruppen sind. Außerdem haben Sie Akteur*innen in Ihr Netzwerk geholt, die vor Ort ähnliche Themen und Projekte verfolgen wie Sie.

Wenn Sie Ihre Ziele und Argumente formulieren, überlegen Sie:

- Was will und braucht die Kommune?
- Welche Herausforderungen in der Kommune kann Ihr Vorhaben lösen?

Zeigen Sie Ihren Ansprechpartner*innen: **Ihr Netzwerk kann die Kommune dabei unterstützen, dass sich die Situation verbessert.** Versuchen Sie, als Problemlöser*in aufzutreten. Es geht nicht darum, der Kommune aufzuzeigen, was noch nicht so gut läuft in Sachen Inklusion, Partizipation oder Barrierefreiheit. Sondern darum, dass Sie und die Kommune gemeinsam mehr erreichen können.

„Machen Sie sich für die Kommune unentbehrlich“

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz und Kommune Inklusiv-Akteurin Mechthild Gerigk-Koch gibt Tipps, wie Sie in der Kommune Unterstützung für Ihr Inklusions-Vorhaben Änden.



Foto: Privat

Mechthild Gerigk-Koch war Mitglied im Steuerungsgremium in der Modellkommune Verbandsgemeinde Nieder-Olm. Außerdem leitete sie die Arbeitsgruppe, die für die Verbandsgemeinde eine Inklusions-Strategie erstellt hat.

Wenn ich möchte, dass Verwaltung und Politik mein Inklusions-Vorhaben unterstützen: Welcher ist der erste Schritt?

Meiner Erfahrung nach gibt es ein großes Interesse in Politik und Verwaltung, engagierte Bürger*innen zu unterstützen, wenn sie gute Ideen vortragen. Zunächst müssen Sie aber klären: Was genau wollen Sie erreichen? Oftmals gehen Menschen mit dem Ansinnen auf die Kommune zu: Da stimmt was nicht, und wir wollen, dass die Kommune etwas anders macht. Das kann mit Gefühlen wie Enttäuschung oder Ärger verbunden sein, wofür ich Verständnis habe. Aber diese Gefühle sollten Sie nicht davon abhalten, genau zu überlegen, was das Ziel des eigenen Engagements

oder der Weg dahin ist. Wenn Sie etwas erreichen und andere Menschen für Ihr Vorhaben begeistern möchten, dann müssen Sie sehr klare Vorstellungen davon haben, was, für wen und wie Sie es erreichen wollen: Schlagen Sie Lösungen vor. Ihre Ziele, Ihr Vorhaben und Ihre Lösungen sollten sie in möglichst einfachen Worten darstellen. Schreiben Sie sie auch auf. Das ist wichtig für andere Partnerinnen und Partner im Netzwerk: Wer neu dazukommt, soll sich schnell und umfassend informieren können. Außerdem sind solche Grundsatzpapiere die Visitenkarte für Ihr Netzwerk, zum Beispiel, wenn Sie Kontakt mit Lokalpolitiker*innen oder Mitarbeiter*innen der Verwaltung aufnehmen möchten. Machen Sie sich außerdem klar, mit welchen Begriffen Sie überhaupt arbeiten wollen: im Netzwerk und in der Kommunikation mit der Kommune.

Welche Begriffe meinen Sie?

Sie sollten beispielsweise klären, was Sie unter Inklusion verstehen. Meinen Sie Inklusion im weiten Sinne, wie bei Kommune Inklusiv? Wollen Sie mit Ihrem Vorhaben also alle Menschen in der Kommune erreichen? Als Leiterin der Arbeitsgruppe für die Entwicklung einer Inklusions-Strategie in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm habe ich für diesen weiten Ansatz geworben. Denn damit lässt sich das Problem der Konkurrenz zwischen verschiedenen Trägern und Interessenvertretungen innerhalb der Kommune vermeiden: Konkurrenz um Ressourcen, um Aufmerksamkeit, um politische Bedeutung, um Kontakte. Ich kann mit dem weiten Ansatz mehr Partnerinnen und Partner an Bord holen und sagen: Wir streiten gemeinsam für Inklusion. Wir bewerben uns zusammen um die Ressourcen, die in einer Kommune begrenzt sind.

Eine gute Vernetzung mit anderen Akteur*innen in der Kommune ist also wichtig, bevor ich auf Entscheider*innen zugehe.

Ja, unbedingt. Schauen Sie sich sehr genau an, wer in der Kommune in Ihrem Thema oder in angrenzenden Themenfeldern bereits unterwegs ist. Nehmen Sie mit ihnen Kontakt auf, holen Sie sie an Bord. So verhindern Sie, dass Sie mit einer tollen Idee durch eine Tür gehen und Ihnen gesagt wird: „Sie sind gar nicht unsere*r Verhandlungspartner*in, ich mache ein ähnliches Projekt mit einem anderen Verband.“ Sie sollten wissen, was andere soziale Akteur*innen in Ihrer Kommune machen. Wichtig ist eine Bestandsaufnahme: Wer sind Schlüsselpersonen in Ihrem Themenfeld? Recherchieren Sie: Welche Vereine, Verbände, Interessengruppen gibt es, und wer ist in welchem Verein oder welcher Interessengruppe? Sprechen Sie die Akteur*innen an. Der eine sagt dann vielleicht: „Oh, ich selbst mache in dem Themenbereich nichts, doch ich kenne Person X, die in dem Bereich ein Projekt gestartet hat.“ Und dann sprechen Sie mit Person X. Die sagt Ihnen wiederum, mit welchen anderen Menschen sie zusammenarbeitet. Und so geht es weiter. Am Anfang steht ein unglaubliches Jagen nach und Sammeln von Informationen. Wenn Sie all diese Infos als Ernte nach Hause getragen haben, werten Sie sie aus: Wer hat Bedeutung? Wessen Wort hat Gewicht? Wer ist Meinungsführerin oder Meinungsführer? Wer hat Kontakt zu Entscheiderinnen und Entscheidern in der Kommune? Wen sollte ich für mein Vorhaben gewinnen? Auf diese Menschen gehen Sie zu, stellen sich und Ihr Vorhaben vor, bitten sie um Unterstützung oder holen sie im besten Fall als Partnerinnen und Partner in Ihr Netzwerk.

Wie erreiche ich, dass kommunale Vertreter*innen mein Netzwerk mit all diesen Expert*innen an Bord auch als kompetenten Ansprechpartner wahrnehmen?

Durch professionelles Handeln. Dazu gehört, dass Sie flexibel bleiben und sich bewusst machen: Sie erreichen Ihre Ziele nicht mit einem Sprung, sondern es ist ein Prozess. Sie gehen Schritt für Schritt von Kompromiss zu Kompromiss. Sie befinden sich in einer andauernden Verhandlungsposition: Sie geben etwas und dann geben auch Ihre Verhandlungspartner*innen in der Kommune etwas. Das können politische Entscheidungen in Ihrem Sinne sein, Zustimmung zu Bauprojekten, kommunale Finanzmittel, die Sie für Personal brauchen. Es kann auch der Kontakt zum*zur Bürgermeister*in sein oder die Zusage, dass Sie Ihr Vorhaben in Rats-Ausschüssen vorstellen dürfen. Damit Sie das von der Kommune bekommen, müssen

Sie Ihren Verhandlungspartner*innen etwas anbieten, das für sie attraktiv ist. Versuchen Sie, sich mit Ihrem Wissen, Ihrem Können, Ihren Kontakten für die Kommune unentbehrlich zu machen.

Haben Sie dafür Beispiele?

Die Kommune möchte barrierefreier werden? Ihr Netzwerk steht als Partner mit Expert*innenwissen zur Verfügung. Oder Sie finden ein Förderprojekt auf Bundes- oder Landesebene. Sie gehen auf Ihre Ansprechpartner*innen in der Verwaltung zu und werben dafür, dass die Kommune sich dort engagiert. Die Verwaltung braucht dafür eine*n Projekt-Partner*in aus dem sozialen Bereich? Ihr Netzwerk steht zur Verfügung. Machen Sie deutlich: Sie haben Erfahrung mit solchen Förderanträgen, Sie wissen, wie die Fristen sind und wie die Formulare ausgefüllt werden. Zeigen Sie, dass Sie Expert*innen sind, die solide Arbeit machen. Verwaltungsleute möchten, dass Aufgaben reibungslos und mit guten Ergebnissen durch die Verwaltungsebenen laufen. Im besten Fall erkennt der kommunale Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin: „Das Netzwerk liefert mir Informationen, mit denen ich gute Vorlagen schreiben kann. Und wenn ich mal was wissen muss, muss ich nicht selbst aufwändig recherchieren: Ich brauche nur zum Hörer zu greifen.“



Sie mögen Interviews?

Mehr davon gibt es in unserem Online-Praxishandbuch Inklusion unter: www.kommune-inklusive.de/interviews

Bieten Sie der Kommune Ihr Wissen und Ihre Mitarbeit an

Durch Ihre Recherche wird Ihnen klar werden, an welche kommunalen Beschlüsse, Pläne und Konzepte Sie mit Ihrer Netzwerk-Arbeit anknüpfen können. Nutzen Sie dieses Wissen.

Wenn Sie die richtigen Ansprechpartner*innen in Verwaltung und Politik gefunden und Kontakt mit ihnen aufgenommen haben, machen Sie deutlich: Wir können Sie dabei unterstützen, Maßnahme X umzusetzen. Oder: Unser Netzwerk ist ein kompetenter Partner, um den Aktionsplan für Inklusion gemeinsam mit der Kommune umzusetzen – wir bieten viele Ressourcen: Fachwissen, Personal und Kontakte.

Einigen Sie sich beispielsweise im Vorfeld einer Stadtrats- oder Ausschuss-Sitzung mit den Mitgliedern Ihrer Steuerungsgruppe darüber, was Sie der Kommune anbieten wollen.

Dabei ist es wichtig, dass sich nicht verschiedene Menschen aus Ihrem Netzwerk mit dem gleichen Anliegen an unterschiedliche Stellen in der Verwaltung wenden. Sondern dass jeweils eine Person aus dem Netzwerk dafür zuständig ist, ein bestimmtes Anliegen zu kommunizieren. **Verteilen Sie also klare Rollen und besprechen Sie im Netzwerk: Wer hat den Auftrag, mit wem zu sprechen?**

Benennen Sie zuständige Personen in Ihrem Netzwerk für bestimmte Themen, beispielsweise Wohnen, Kinder / Jugend oder Freizeit / Sport. Diese können Sitzungen der entsprechenden Ausschüsse besuchen und Ansprechpartner*innen für Verwaltungsmitarbeiter*innen, Lokalpolitiker*innen und Journalist*innen für das spezielle Thema sein.

Bieten Sie gern auch Unterstützung im Detail an

Schreiben Sie beispielsweise eine E-Mail an einen oder eine Lokalpolitiker*in, wenn Ihnen aufgefallen ist, dass der jüngste Antrag einer Fraktion im Stadtrat zum Thema Inklusion den Aspekt Leichte Sprache nicht berücksichtigt: „Wir haben im letzten Antrag bemerkt, dass ... Wenn Sie Kritik von Verbänden vermeiden möchten, hier ein Tipp von uns: ...“

Oder Sie formulieren eine E-Mail an eine*n Dezerent*in oder Amtsleiter*in: „Wir freuen uns, dass Sie in Ihrer aktuellen Beschlussvorlage zum Bauprojekt X Bürger*innen-Beteiligung vorsehen. Wir haben dazu noch folgende Vorschläge ...“

„Es geht um Vertrauen
auf beiden Seiten“



Foto: Constantin Grosch

Der Inklusions-Aktivist, SPD-Kreistagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete Constantin Grosch spricht über seine Vermittlungsrolle zwischen Politik, Verwaltung und Initiativen – und darüber, mit welcher Haltung Aktivist*innen ihr Ziel am besten erreichen.

Zum Interview mit Constantin Grosch in der Online-Ausgabe des Praxishandbuchs Inklusion kommen Sie unter  www.kommune-inklusive.de/interviews



„Die Kommune“ gibt es nicht – holen Sie vielfältiges Fachwissen ins Netzwerk



Wenn Sie die Expert*innen aus der Verwaltung für Ihr Thema erreicht haben, laden Sie sie zu einem Treffen mit dem Netzwerk ein. Die meisten werden bereit sein, vorbeizukommen, zuzuhören, sich vorzustellen und erste Gedanken einzubringen. Im besten Fall hat der oder die Mitarbeiter*in bereits den offiziellen Auftrag vonseiten der Verwaltung, sich in die Arbeit des Netzwerks einzubringen. Möglicherweise ist er oder sie auch bereit, eine verbindliche Aufgabe im Netzwerk zu übernehmen.

Machen Sie sich dabei bewusst: Diese Expert*innen können zwar ihren Bereich und ihr Thema vertreten, haben aber nicht das Fachwissen aus allen Bereichen und **können insofern nicht für die gesamte Verwaltung sprechen**. Im Laufe des Projekts kann sich beispielsweise herausstellen, dass Sie neben der Sachbearbeiterin für pädagogische Frühförderung auch den Zuständigen für kulturelle Bildung bei Jugendlichen oder die Leiterin des Sport- und Bäderamts im Netzwerk brauchen. Die Kommune an Bord zu holen, bedeutet in den meisten Fällen, verschiedene Zuständige aus Verwaltung und Politik für die Mitarbeit im Netzwerk anzufragen.

Erarbeiten Sie Maßnahmen, die Sie mit der Verwaltung umsetzen können

Erarbeiten Sie mit Ihrem Netzwerk zwei bis drei konkrete Maßnahmen, die Sie gemeinsam mit der Kommunalverwaltung umsetzen könnten. Schreiben Sie diese Maßnahmen in einem Diskussionspapier auf. Beschreiben Sie sie und erklären Sie, was Sie mit diesen Maßnahmen erreichen wollen. **Laden Sie die Verwaltungsmitarbeiter*innen und Lokalpolitiker*innen, mit denen Sie in Kontakt sind, ein, das Papier mit Expert*innen aus Ihrem Netzwerk zu besprechen.**

Ein Beispiel für solche Maßnahmen: Sie wollen, dass Ihr Stadtviertel barriereärmer wird. Dafür schlagen Sie vor, dass die Stadt die Bordsteine in Ihrem Viertel absenkt und Verkehrsinseln zum Überqueren der Straße barrierefrei ausbaut. Sie regen an, dass sich die Stadt um Förderung bewirbt, beispielsweise für den Investitionskredit Kommunen der KfW-Bank für Investitionen in kommunale und soziale Infrastruktur. Die KfW-Bank bietet Kredite mit niedrigen Zinsen an.



Nachdem Sie mit den Verwaltungsmitarbeiter*innen und den Kommunalpolitiker*innen über die Maßnahmen diskutiert haben, können Sie eine öffentliche Begehung in Ihrem Stadtviertel organisieren. Laden Sie dazu auch die lokalen Medien ein. Zeigen Sie den Vertreter*innen von Verwaltung, Politik und Medien, wo mehr Barrierefreiheit nötig ist und Ihre vorgeschlagenen Maßnahmen viel bewirken würden.

Gemeinsam umgesetzt: Stadtplan für Menschen mit Behinderung



Gemeinsam mit Menschen im Rollstuhl und Menschen mit Sehbehinderung hat die Hansestadt Herford den Stadtplan „Barrierefrei durch Herford“ erstellt. Dafür gingen Menschen aus dem Senioren*innen-Beirat, aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung und die Beauftragte für Menschen mit Behinderung viele Monate durch die Innenstadt. Sie notierten Steigungen, Treppen, Unterführungen, abgesenkte Überwege, Taxistände und barrierefreie Parkplätze. Der Rat der Hansestadt hatte 4.000 Euro für das Projekt bewilligt.

➔ www.herford.de/Stadtplanbarrierefrei

Schlagen Sie eine gemeinsame Bewerbung um Fördergelder vor

Ein gutes Argument, um Vertreter*innen von Kommunen von der Unterstützung Ihres Netzwerks zu überzeugen, ist Geld. Es gibt Förderprogramme mit folgender Voraussetzung: Kommunalverwaltungen müssen sich mit sozialen Trägern, Vereinen oder Initiativen zusammentun.

Auch bei anderen Fördertöpfen gilt: Kommunalverwaltungen können davon profitieren, wenn sie in Förderanträgen angeben, dass sie vor Ort mit einem Netzwerk zusammenarbeiten. Die Geldgeber*innen sehen dann: **Die Kommune hat zusätzliche Ressourcen an Bord geholt, um ein Vorhaben umzusetzen.**

Förderdatenbank von Bund, Ländern und Europäischer Union



Fördermöglichkeiten für Ihr Vorhaben finden Sie auch in der Förderdatenbank beim Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Sie können dort nach Stichworten wie Barrierefreiheit oder Inklusion suchen und zusätzlich nach Postleitzahlen.

➔ www.foerderdatenbank.de

Bieten Sie Inklusions-Checks an



Sie können Mitarbeiter*innen in der Kommunalverwaltung und Lokalpolitiker*innen anbieten: Wir überprüfen für Sie, **wie inklusiv bestimmte Konzepte, Beschlussvorlagen oder geplante Maßnahmen sind.**

Ein Beispiel: Die Verwaltung arbeitet an einem Konzept für die künftige Senior*innen-Arbeit in der Kommune. Dabei will sie die Bürger*innen beteiligen. Sie bieten an zu überprüfen, wie barrierefrei diese Bürger*innen-Beteiligung ist: Ist die Online-Beteiligungs-Plattform für Menschen mit Sehbehinderung nutzbar? Sind Räume für Diskussionsveranstaltungen für mobilitätseingeschränkte Menschen erreichbar? Können Menschen mit Hörbehinderung auf Veranstaltungen mithilfe von Gebärdensprachdolmetscher*innen und Induktionsschleifen mitdiskutieren? Ist die Veranstaltung in verständlicher Sprache, und gibt es genug Pausen zwischendurch?

Engagieren Sie sich aktiv in Ausschüssen

Wenn Sie bereits guten Kontakt zu Lokalpolitiker*innen aufgebaut haben, können Sie ihnen vorschlagen, dass Sie **als Expert*in in einer Ausschuss-Sitzung sprechen können**. Auf diese Weise bringen Sie Ihre Themen direkt in die Kommunalpolitik ein. Sie können Einfluss nehmen. Außerdem lernen Sie Lokalpolitiker*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und weitere Bürger*innen kennen, die für Ihr Vorhaben und Ihr Netzwerk wichtig sind.

In der Modellkommune Schneverdingen beispielsweise war Rolf Weinreich Mitglied im Kommune Inklusiv-Netzwerk und in der Steuerungsgruppe. Er ist der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion und des Ausschusses für Soziales, Teilhabe sowie Sport und Kultur. Weinreich trug mit dazu bei, dass Kommune Inklusiv einen Sitz als Hinzugewählte im Ausschuss bekam. Das bedeutet: Kommune Inklusiv-Vertreter*innen dürfen zwar nicht mitabstimmen, wenn sie nicht selbst Ratspolitiker*innen sind. Doch sie können mitdiskutieren.



Arbeitsblätter, Vorlagen, Checklisten, Recherche-Hilfen: Zu diesem Thema haben wir Materialien entwickelt – als PDF zum Herunterladen im Online-Praxis-Handbuch Inklusion. Eine Übersicht und den Link finden Sie am Ende des Hefts.

Lernen Sie die Sprache der Kommunalverwaltung

Wenn Sie Begriffe und Argumentationen aus dem Bereich der Verwaltung und der Lokalpolitik nutzen, **nehmen Ihre Gesprächspartner*innen Sie eher als Expert*in wahr**. Sehen Sie dies als Prozess: Je häufiger Sie über die Zeit an Ratssitzungen und Ausschuss-Sitzungen teilnehmen, desto mehr erfahren Sie. Zum Beispiel wie Verwaltungsmitarbeiter*innen Beschlussvorlagen vorstellen und erläutern und wie Kommunalpolitiker*innen andere von ihrer Meinung

überzeugen. Sie hören, welche Argumente sie vorbringen, welche Fachausdrücke sie nutzen und auf welche gesetzlichen Vorgaben, Anträge und Dokumente sie sich beziehen.

Sie können sich auch Sitzungs-Dokumente im Rats-Informationen-System (RIS) anschauen: Dort erfahren Sie, wie Anträge formuliert sind und welche Begründungen in den Anträgen stehen.

Formulieren Sie konkrete Ziele für Verwaltung und Politik

Für manche Kommunalpolitiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen ist Inklusion möglicherweise noch ein abstrakter Begriff. Dann kann es sinnvoll sein, erst einmal davon zu sprechen: **Was soll besser werden in Ihrer Kommune durch mehr Inklusion?** Sollen mehr Menschen im Stadtzentrum einkaufen (Wirtschaftsförderung)? Sollen mehr Menschen Bus und Bahn fahren (bessere ÖPNV-Auslastung)? Soll es attraktiver für ältere Menschen werden, die Stadt oder Region zu besuchen (Tourismusförderung)? Im weiteren Verlauf der Gespräche können Sie erläutern, was Sie unter Inklusion verstehen. Beschreiben Sie auch, welche Vorteile eine Kommune hat, wenn sie Inklusion fördert.

Ein weiterer Vorteil: Für Sie und Ihre Partner*innen aus der Kommune können sich weitere Möglichkeiten der Finanzierung ergeben, beispielsweise über Wirtschaftsförderprogramme oder Tourismusförderprogramme. Solche Programme bieten unter anderem der Bund und die Bundesländer an.



Mehr dazu lesen im Heft „Gute Gründe für Inklusion“ (unter Allgemein)

Halten Sie Kontakt



Bieten Sie Ihren Ansprechpartner*innen immer wieder Informationen zu Ihrem Netzwerk und zu Ihrem Vorhaben an: Berichten Sie, wie der Stand der Dinge ist, ob Sie bald (Teil-)Erfolge feiern können. Laden Sie Ihre Ansprechpartner*innen dazu ein. Erzählen Sie in kurzen Gesprächen oder E-Mails, ob das Projekt gut vorankommt, wie die nächsten Schritte sind und ob Sie möglicherweise weitere Gespräche brauchen. Halten Sie Kontakt. **Dann wird es bei Projekt-Ende leichter, neu zu verhandeln.**

Arbeitsblätter, Vorlagen, Checklisten und Recherche-Hilfen



Als Beispiel finden Sie auf den folgenden Seiten das Arbeitsblatt Nummer 34 „Den richtigen Zeitpunkt zur Ansprache finden“.

Weitere Arbeitsmaterialien zu diesem Thema und zu weiteren Themen gibt es auf unserer Webseite als PDF zum Herunterladen.



Arbeitsblatt: Den richtigen Zeitpunkt zur Ansprache finde

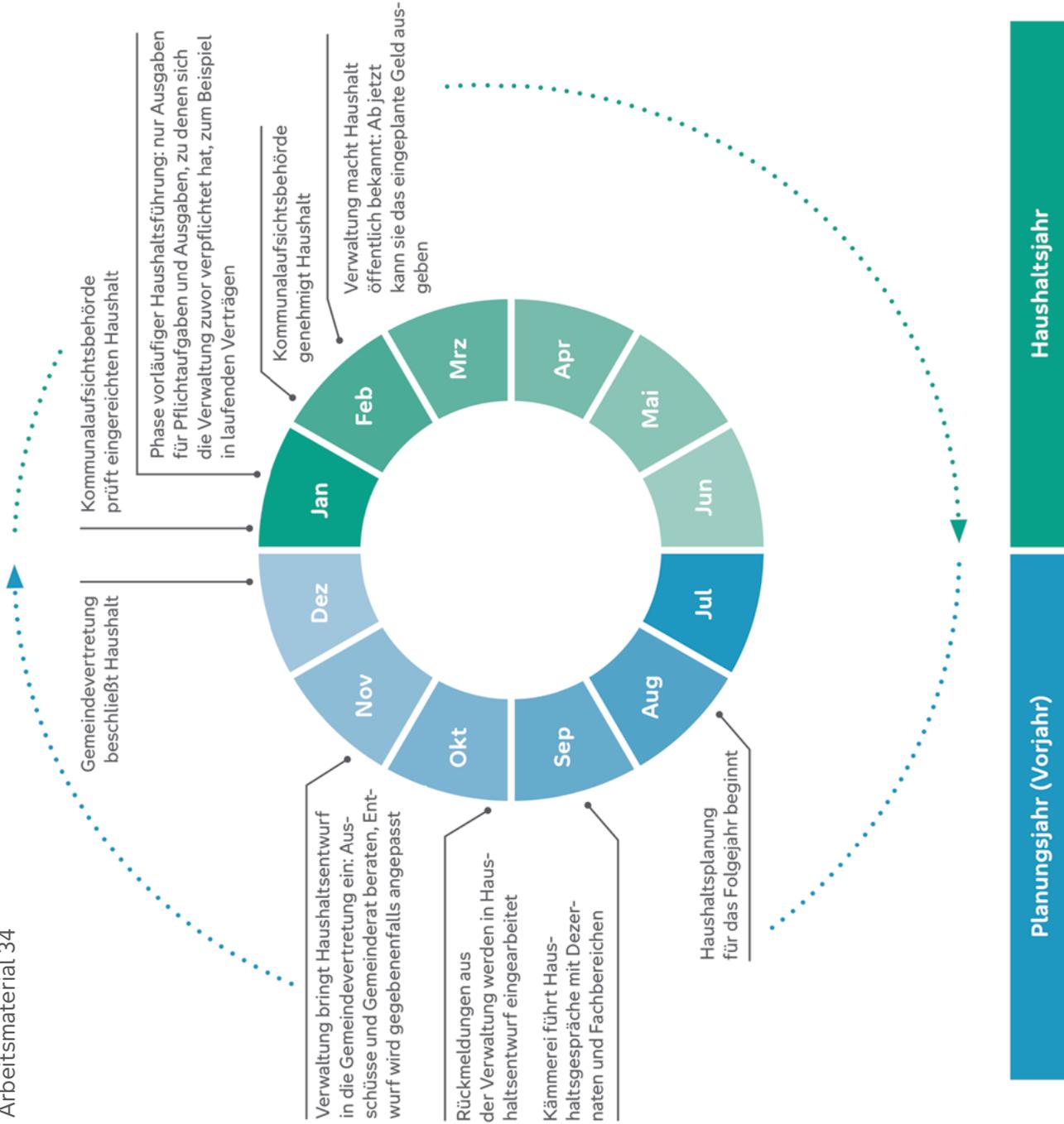
Wichtig für eine erfolgreiche Kontaktaufnahme zu Lokalpolitiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen: Lernen Sie mehr über die zeitlichen Abläufe im kommunalen Jahr. Das Jahr ist strukturiert durch die Termine der Ratssitzungen und Ausschuss-Sitzungen. Außerdem ist es bestimmt durch die Arbeit am kommunalen Haushalt.

Recherchieren Sie, wann Verwaltungsmitarbeiter*innen und Lokalpolitiker*innen welche Entscheidungen treffen.

Unser Arbeitsblatt unterstützt Sie dabei.

Das
vollständige und
barrierefreie PDF
können Sie hier her-
unterladen.





Den richtigen Zeitpunkt im kommunalen Haushaltsjahr finden

Nach den Sommerferien müssen Dezernten und Ämter angeben, wie viel Geld sie im Folgejahr ausgeben wollen. Spätestens dann sollten Sie Mitarbeiter*innen in der Verwaltung und Lokalpolitiker*innen ansprechen und Sie von Ihrem Vorhaben überzeugen. Am besten ist es, bereits im ersten Halbjahr Kontakt aufzunehmen.

Versuchen Sie, im Blick zu haben, auf welchen Sitzungen der Entwurf für einen Haushaltsplan beraten wird und wann der Haushalt endgültig beschlossen wird. Warum es so wichtig ist, die Fristen und die Tagesordnungspunkte in den Haushaltssitzungen zu kennen: Wenn Sie beispielsweise Ihre*in Bürgermeister*in von Ihrem Vorhaben überzeugen haben, muss er oder sie anschließend den Rat dafür gewinnen, dem Vorhaben zuzustimmen und Geld dafür zu bewilligen. Ab Herbst beraten die Kommunalpolitiker*innen in den Ausschüssen und im Gemeinderat über den Haushalt. Am Ende des Jahres beschließen sie ihn. Bis der Haushalt endgültig beschlossen ist, können Verwaltung und Politik Änderungsünsche einbringen.

Einen Überblick über das Sitzungsjahr bekommen

Sammeln Sie Informationen zu den politischen Abläufen in Ihrer Kommune. Nutzen Sie dafür diese Tabelle.

Wann tagt der ...	Datum oder Turnus	Welche Themen werden besprochen?	Wer geht hin?	Wer ist Ansprechpartner*in in der Verwaltung / Kommunalpolitik?	Welche Infos / Stellungnahmen braucht der*die Ansprechpartner*in? Bis wann?	Was kann Ihr Netzwerk konkret anbieten? (Fachwissen, Kontakte, konkrete Aktivitäten und Maßnahmen)
Gemeinderat / Stadtrat?						
Haushalts-Ausschuss?						
Sozial-Ausschuss?						
Bau-Ausschuss?						
Umwelt-Ausschuss?						

Wie Sie die gesammelten Informationen nutzen können

Sie wollen mit Ihrem Vorhaben beispielsweise Sport- und Freizeitangebote für Menschen mit weniger Geld voranbringen. Recherchieren Sie, ob auf der nächsten Sitzung des Sport-Ausschusses oder des Bäder-Ausschusses über die Höhe von Eintrittsgeldern für Schwimmbäder beraten wird. Oder ob es auf der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses um den Bau neuer Spielplätze geht. Informationen dazu finden Sie beispielsweise online im Rats-Informationssystem. Auf den Anträgen Änden Sie auch die Info, welche Politiker*innen den Antrag einbringen. Nehmen Sie mit diesen Politiker*innen vor der Sitzung Kontakt auf. Erklären Sie ihnen kurz Ihr Vorhaben und machen Sie deutlich, dass Sie mit Ihrem Vorhaben die Forderungen der Politiker*innen unterstützen. Sie können auch an der Ausschuss-Sitzung teilnehmen und bei Bedarf die Politiker*innen danach ansprechen oder über ihre Rats-Kontaktdaten kontaktieren.

Recherche-Tipp: Planen Sie auch nach Feierabend Zeit ein. Kommunalpolitik ist ein Ehrenamt. Die meisten Ratsmitglieder arbeiten tagsüber in ihren Hauptjobs. Wenn Sie sich mit ihnen treffen oder telefonieren wollen, kann das auch mal nach Feierabend sein. Kontaktieren Sie Lokalpolitiker*innen immer erst einmal über ihre Rats-Adresse. Wenn sie Ihnen dann sagen: „Rufen Sie mich gern morgen um 11 Uhr in meiner Firma / zu Hause an“, können Sie im Anschluss auch ihre beruflichen oder persönlichen Kontaktdaten nutzen.

Alle Arbeitsmaterialien zu „Kommune verstehen und überzeugen“



So können Sie weiterarbeiten

Arbeitsblätter, Vorlagen, Checklisten und Recherche-Hilfen, die Sie für Ihre Arbeit nutzen möchten, haben wir auf einer Übersichtsseite im Online-Praxishandbuch Inklusion zusammengestellt. Wir haben die Materialien nummeriert. So können Sie sie leicht finden und als PDF herunterladen. Hier kommen Sie zur Übersichtsseite aller Materialien: www.kommune-inklusiv.de/arbeitsmaterial

- Nummer 30 Infoblatt „**Entscheidungswege in der Kommune**“ – erklärt, wie Beschlüsse in der Kommune entstehen und welche Rolle Politik, Verwaltung und Bürger*innen dabei spielen.
- Nummer 31 Infoblatt „**Wie Kommunen funktionieren**“ – beschreibt, welche Aufgaben Kommunen haben und wer in einer Kommune wofür zuständig ist.
- Nummer 32 Recherche-Hilfe „**Die richtigen Ansprechpartner*innen in Ihrer Kommune finden**“ – macht Vorschläge, wie Sie bei einer Recherche nach den passenden Ansprechpartnern*innen in Ihrer Kommune vorgehen können.
- Nummer 33 Praxisbeispiel „**Wen in der Kommune ansprechen?**“ – zeigt, an welche Personen oder Gremien Sie sich mit Ihrem Anliegen wenden könnten.
- Nummer 34 Arbeitsblatt „**Zeitliche Abläufe in der Kommune recherchieren**“ – unterstützt Sie dabei herauszufinden, wann Verwaltungsmitarbeiter*innen und Lokalpolitiker*innen welche Entscheidungen treffen.



Der direkte Weg zum Kapitel „Kommune verstehen und überzeugen“ in der Online-Ausgabe des Praxishandbuchs Inklusion: www.kommune-inklusiv.de/kommune-verstehen





Mehr Informationen
erhalten Sie unter
kommune-inklusiv.de



Stand: November 2024

Aktion Mensch e.V.

Heinemannstr. 36

53175 Bonn

Telefon: 0228 2092-391

kommune-inklusiv@aktion-mensch.de